

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganze h an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 39

Charlottenburg, Freitag, den 26. September 1913

Jahrg. 40

Sperren

Bausperren: Altwasser (E. Tiesch & Co.), Blechhammer bei Hüttensteinach (Firma Bernhardschütte), Düsseldorf (Rhénania), Fraureuth, Grünstadt, Ruppelsdorf (Philipp Koch), Kranichfeld, Rehau (Beh, Scherzer & Co.), Schönwald (E. & A. Müller, A.-G.), Schorndorf, Schwarzenbach (Aeinteich), Eisenberg (W. Jäger), Selb (Krauthelm & Adelberg), Zeitzau (A.-G., vorm. Sonntag & Söhne).

Halbsperren in Deutschland: Bonn (Mehlem), Fürstenberg a. Weser, Hennigsdorf bei Berlin, Königszell, Krummenaab, Meuselwitz, Deslau (Göbel), Passau, Reichenbach, Schwabe & Co., Schlierbach, Sornewitz, Triptis.

Sperren in Oesterreich: Buchau (Platz & Köpfer), Gießhübl (Joh. Schuldes), Horn (H. Wehninger & Co.), Krawka (V. Fiala & Sohn), Laun (B. Bernmann), Lubau (Gebr. Martin), Meretz (Benier & Co., Inh. J. Koch), Prag (Malerei Scharrer & Co.), Schlaggenwald (Sommer & Matschal).

Der Generalstreik der Chartistenbewegung in England.

(Schluß.)

Im Jahre 1842 hatte sich die Bewegung von den Schlägen wieder erholt. Wir folgen hier dem Genossen Beer in seiner Schilderung:

„Der Monat August wird in der Geschichte des Chartismus ewig denkwürdig bleiben. Es war der Monat des Kulminationspunktes der Chartistischen Bewegung, der Monat des Generalstreiks in der nördlichen Hälfte Englands und der Unterordnung der Trade Unions unter die politische Bewegung. Die wirtschaftliche Not der Arbeiter erreichte ihren Tiefpunkt. Die Löhne sanken, trotz aller trades-unionistischen Anstrengungen, sie auf dem Niveau der vorhergegangenen Jahre zu halten. Die Mehrheit der Arbeiter ergriff den Gedanken, daß ihr gewerkschaftliches Wirken nur Sisyphusarbeit sei und daß ihr Heil vornehmlich in der Durchsetzung des Volkcharters, in der Eroberung der politischen Macht liege. Chartistische Redner konnten um jene Zeit, ohne Widerspruch zu erregen, in öffentlichen Versammlungen der Trades-Unionisten erklären, daß deren Organisationen vollständig versagten, da sie nicht einmal imstande seien, Lohnherabsetzungen vorzubeugen.“

Der wirtschaftliche Druck in der Arbeiterklasse rief eine verzweifelte Stimmung hervor. Am 4. August traten die Arbeiter von Stalybridge in den Streik ein, und unter Hülfsführern auf den Charter, O'Connor und den Northern Star zogen sie nach Ashton, wo sie ihre Kollegen in den Streik mitrissen. Von Ortschaft zu Ortschaft marschierend, legten sie überall die Fabrikbetriebe still, die Zahl der mitmarschierenden Arbeiter wuchs zu einer mächtigen Prozession an, die am 9. August auf Manchester konvergierte. Außerhalb der Stadt trat ihr Militär entgegen, das von Oberst Wemyss, dem Nachfolger und Befehlshaber Sir Charles Napier, kommandiert war; in Begleitung der Truppen befand sich auch ein Majoritätsbeamter, der die Aufgabe hatte, im Bedarfsfall die Auf-

ruhrakte zu verlesen. Nach Unterhandlungen mit ihm und den Demonstrationsführern, die die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens übernahmen, zog die Prozession in Manchester ein. Hier löste sie sich in Gruppen auf, die von Fabrik zu Fabrik zogen, um die Arbeiter zur Teilnahme zu veranlassen. In den meisten Fällen schlossen sich die Arbeiter freiwillig dem Streik an. Zwang und Einschüchterung waren in Manchester nur ausnahmsweise nötig. Von Manchester als Mittelpunkt pflanzte sich der Streik strahlenartig nach allen Richtungen fort und umfaßte Lancashire, Yorkshire, Warwickshire, Staffordshire, den Töpferbezirk, und griff nach Wales hinüber; gleichzeitig fanden auch die schottischen Bergleute im Streik; auch in London hielten die Chartisten geheime nächtliche Versammlungen ab, um sich auf das Vorgehen vorzubereiten. In der zweiten Augustwoche schien sich Benbows Traum verwirklichen zu wollen: Die Dampfkessel erlitten, die Kraftstühle ruhten, die Hochofen erloschen, die Bergwerke lagen erloschen da, die Fabrikglöden verstummten — alle Räder standen still.

Nicht überall indes vollzog sich die Einleitung der Arbeiterferien so friedlich wie in Manchester. In manchen Gegenden wurden die Arbeitswilligen gewaltsam aus den Werkstätten geholt, Fabriktor und Fabrikfenster eingeschlagen, die Zapfen der Dampfkessel abgeschraubt und Widerstand leistende Fabrikherren körperlich angegriffen. Im großen ganzen jedoch war gewaltsames Vorgehen eine Ausnahme. Nirgends aber wurde geplündert oder Eigentum mutwillig zerstört. Hungernde und im Bürgerkrieg stehende, bettelarme proletarische Insurgenten befanden sich während einer Woche im Besitze des reichumströmenden Mittelpunktes der Textilindustrie, ohne auf den geringsten Wertgegenstand Hand gelegt zu haben. Mit Bewunderung hebt die leitende englische Presse diesen Umstand hervor.

Zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Militär kam es in Preston und Blackburn, wo zusammen sechs Arbeiter getötet und mehrere verwundet wurden.

Benige Tage nach Beginn des Streiks trat die Lohnfrage in den Hintergrund. Der Gedanke brach sich Bahn, daß dieselbe Anstrengung, die zur Erzielung besserer Löhne nötig sei, wohl hinreichen würde, den Charter zu erobern. Und wenn der Charter gewonnen ist, wird die Entlohnung nicht nur besser, sondern auch gesichert und gesichert sein, während ein Streikerfolg im besten Falle nur temporär sein könnte. Die Arbeiter argumentierten: Angenommen, wir gewinnen eine Lohnaufbesserung. Welches Mittel besitzen wir denn, die Lohnaufbesserung festzuhalten und weiter zu wirken? Unsere Trades Unions versagen. Wir haben Tausende von Pfund Sterling für trades-unionistische Zwecke ausgegeben, und die Löhne fallen fortgesetzt. Gewinnen wir aber den Charter, so haben wir politische Macht, mit der wir die Früchte unserer Arbeit schützen könnten. Warum also die Generalstreiksbewegung auf Lohnfragen beschränken?

Das war die Ansicht der Mehrheit. Denn es traten in den Versammlungen auch Redner auf, die gegen jede Verquickung des Streiks mit Politik sich aussprachen. Die Minderheit erklärte: Solange wir bei der Lohnfrage bleiben, werden wir die Sympathie des ganzen Kleinbürgertums und aller Arbeiterfreunde haben. Diese Sympathie brauchen wir, da wir — bei unserem Mangel an Geldmitteln — nicht imstande sein werden, lange im Streik zu bleiben. Machen wir aber den Charter zur

Hauptfache, so treten wir in einen Gegensatz zu den Whigs und Tories und zu allen Elementen, die gegen das geheime Wahlrecht sind.

In der Hitze des Kampfes gewann der politisch-revolutionäre Gedanke über den rein gewerkschaftlichen die Oberhand.

Am 11. und 12. August versammelten sich die Delegierten der Gewerkschaften von Manchester in der Carpenters' Hall, und nach eingehender Besprechung der Lage nahmen sie folgende Resolution an:

Die Gewerkschaften verpflichten sich, ungesetzliche Maßregeln nicht zu sanktionieren. Sie verurteilen das Vorgehen der Unternehmer, die fortgesetzt die Löhne herabsetzen und den Arbeitern die Mittel zur Existenz nehmen und auf diese Weise den heimlichen Markt vernichten; aber gleichzeitig verurteilen Sie alle Gewalttätigkeit und alle Zerstörung des Eigentums. Sie sind der Ansicht, daß, solange die Klassengesetzgebung nicht zerstört und das Prinzip der vereinigten Arbeit nicht hergestellt ist, es den Arbeitern unmöglich sein wird, den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu genießen. Dieses Meeting ist der Ansicht, daß der Volkscharter die Elemente der Gerechtigkeit und des allgemeinen Wohlergehens enthält, und wir verpflichten uns, die Agitation für unsere Forderungen fortzusetzen, bis jenes Dokument zum Gesetz des Landes geworden ist.

Diese Resolution der Gewerkschaftsführer von Manchester kann nicht mißverstanden werden: sie verlangt Demokratie und Sozialismus; sie erklärt sich für den Volkscharter und für die vereinigte oder kollektive Produktion.

Am 12. August erließen sie folgenden Aufruf, der, in großen Lettern gedruckt, durch Maueranschlag den Arbeitern Manchesters bekannt gemacht wurde:

Gerechtigkeit, Friede, Gesetz und Ordnung!

Wir, die Delegierten der verschiedenen Gewerkschaften, nachdem wir vorschritts- und gesetzmäßig von den verschiedenen Gewerkschaften gewählt worden waren, versammelten uns abermals in feierlicher Konferenz, um im Auftrag unserer Körperschaften über die Interessen des Volkes zu wachen und sie wahrzunehmen. Wir bitten euch inständigst, sich nicht von den Machinationen eurer Feinde verleiten zu lassen: bleibt euren Zwecken und Zielen treu und schützt eure Rechte, wie wir sie im Meeting in der Carpenters' Hall vom 11. und 12. August auseinandergesetzt haben. Eine große Delegiertent Konferenz wird am Montag, 15. August, stattfinden. Wählt Delegierte. Wir verpflichten uns mit ganzem Herzen, in unsern Bemühungen standhaft zu bleiben und unermüdet für unsere Forderungen zu wirken, bis mit Hilfe des Volkscharters die Befreiung der Arbeiterklassen von Sklaverei, vom Klassenstaat und von den Monopolen vollständig verwirklicht ist. Die Gewerkschaften Großbritanniens haben die Reformbill (1832) durchgesetzt: die Gewerkschaften Großbritanniens müssen auch den Volkscharter durchsetzen.

John Middleton, Vorsitzender.

Am 15. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreiks wurde wenig gedacht. Auf Seiten des Charter befanden sich die feurigsten und hinreißendsten Redner, und die ganze durch den Ausbruch des Generalstreiks erzeugte aufgeregte Stimmung sowie der allen sichbare Druck, den der Klassenstaat durch die Entfaltung der Militärmacht auf die Arbeiter ausübte, ließen eine ruhige Behandlung des Generalstreiks als politisches Kampfmittel nicht zu, wohl aber genügten sie, die Lohnfrage in den Hintergrund zu drängen. Die Delegiertentkonferenz war eine Replik des ersten Londoner Konvents vom Jahre 1839. Der Glaube an die Macht der allgemeinen Begeisterung erwies sich härter als alle Hinweise auf die Notwendigkeit langer Vorbereitungen. Es lagen zwei Resolutionen vor: eine für die Beibehaltung des Lohncharakters, die andere für die Verwandlung des Generalstreiks in einen Kampf für den Charter. Für die Aufrechterhaltung des Lohncharakters des Generalstreiks stimmten nur 7 Delegierte, für die Verwandlung des Kampfes in einen allgemeinen Kampf um den Charter stimmten 58 + 19. Die 19 waren die früh-erwähnten Delegierten, die den Auftrag hatten, mit der Mehrheit zu stimmen.

Auf der Chartermaschine in Manchester wurden zwar noch einige Bedenken gegen den Streik erhoben, aber die Majorität stimmte mit den Gewerkschaften zu.

Der Streik erhielt damit neuen Anreiz, und hielt sich bis zur vierten Augustwoche, wo er schließlich abflaute.

Verlassen von ihren Führern, die auseinanderzogen; verfolgt von den Behörden, die Massenverhaftungen vornahmen; gedrückt vom Glend, das durch den Streik verschärft wurde, lehrten die Arbeiter nach und nach in die Betriebe zurück, aber

noch gegen Ende September trug der Streik einen partiellen Charakter. Der ganze moralische Vorteil des Streiks fiel dem Anti-Corn-Law-Lige zu, da viele Whigs und Tories sich Ueberzeugung nicht mehr verschließen konnten, daß die billigeren Lebensmittel haben müßten, um mit ihren niedrigen Löhnen einigermaßen auskommen zu können.

Der Höhepunkt des Chartismus war der Beginn des Siegeslaufs des Freihandels und nicht des Proletariats. Dreieinhalb Jahre später brachte die Toryregierung die Bill zur Abschaffung der Kornzölle ein, wobei Sir James Graham, der Minister des Innern, sagte:

Das Jahr 1842 brachte uns schmerzhaft und bellagerte Werte Erfahrungen; ein Jahr des tiefsten Notstandes und da wir es hinter uns haben, darf ich es erklären — auch der größten Gefahr. Was war die Lage im Jahre 1842? Gestatte sie mir, das Geheimnis zu verraten. Wir hatten in London mitternächtlige chartistische Meetings in Vincolns Inn Field, Massen von unzufriedenen, verbitterten und gefährlichen Elementen bedrohten den öffentlichen Frieden. . . . Und was war die Lage in Lancashire? Alle Maschinen standen still. Ich war unaufhörlich in Verbindung mit den Militärbehörden die nach allen Teilen des Landes Truppen senden mußten. Meine Kollegen und ich verlebten drei furchtbare Monate, wie wir sie nie zuvor in bezug auf öffentliche Angelegenheiten erlebt hatten. . . .

Die zum Freihandel belehrten Minister begründeten hiermit ihre Sinnesänderung.

Auch die Wahlreform hat das englische Volk erhalten, aber nicht als Frucht dieser gewaltigen Anstrengungen, sondern nach einer Periode ruhiger Arbeit in den Gewerkschaften erst 33 Jahre später. Der Chartismus hat sich nach diesen Schlägen nicht wieder erholt, sondern es nur noch zu einigen auf flackernden Kraftentfaltungen gebracht, bis er 1848 ganz vom Kampffelde verschwand. Es soll hier nicht untersucht werden welche Ursachen den Verfall herbeiführten, uns kam es daran, die Rolle zu schildern, die der Generalstreik hier als Kampfmittel spielte. Und da wir aus der Geschichte lernen sollen, wird dieser historisch wichtige Vorgang in der englischen Arbeiterbewegung zu manchen Vergleichen mit unserer Zeit anregen.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

III.

Als gegnerische Gewerkschaftseinrichtungen kommen hauptsächlich zwei Gruppen in Betracht, die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, seit 1869 zentralisiert, und die Christlichen Gewerkschaften, seit 1899 zu einem Gesamtverbande vereinigt.

Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine haben den schweren Verlust, den der Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute ihnen brachte, noch nicht überwinden können. Ihre Mitgliederzahl ist von 107740 auf 109225, also nur um 1485 oder 1,37 Proz. gewachsen.

Die Gewerkvereine hatten seit 1900 im Jahresdurchschnitt Mitglieder:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	91 661	1907	108 889
1901	96 765	1908	105 633
1902	102 851	1909	108 028
1903	110 215	1910	122 571
1904	111 889	1911	107 743
1905	117 097	1912	109 225
1906	118 508		

Die Gesamteinnahmen der deutschen Gewerkvereine werden auf 2786341 M., die Gesamtausgaben auf 2345310 M. und die Gesamtvermögensbestände auf 1828851 M. angegeben. In diesen Ziffern sind aber nicht allein die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkvereinstellen enthalten, sondern auch diejenigen der organisch getrennten Kranken- und Begräbniskassen, denen auch andere als Gewerkvereinsmitglieder angehören.

Die Ausgaben der Gewerkvereine für Arbeitslosenunterstützung betragen 226777 M., für Reiseunterstützung 18412 M., für Umzugsunterstützung 20886 M., für Notfallunterstützung 34195 M. und für Invalidenunterstützung 16586 M., für Streikunterstützung 348939 M., für Bildungszwecke 22195 M., für Agitation und Reisen 206269 M., für Generalversammlungen und Konferenzen 11847 M., für Zeitungen 122900 M., für Verwaltungslofen 336210 M., für Arbeitsvermittlung, Drucksaften und Agitationsmaterial 34270 M., für Beiträge an Ortsverbände und Gewerkvereinsverband 47571 M. und

Rechtschutz 11791 M. Für Krankenunterstützung und Hilfe in Sterbefällen, den Unterstützungsarten, deren Ausgaben wahrscheinlich ganz oder doch zum größten Teil den Kranken- und Begräbnisklassen der Gewerksvereine zuzurechnen sind, waren die Ausgaben 766 530 M. und 119 932 M. Man darf also nach diesen Angaben die wirklichen Gesamt- ausgaben und dementsprechend auch die Einnahmen der Gewerksvereine um etwa 866 000 M., also um etwa 40 Prozent vergrößern.

Die christlichen Gewerkschaften geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344 687 (1911: 340 957) und für den Jahresluß eine solche von 350 930 (1911: 350 574). Die Zunahme beträgt also im Jahresdurchschnitt 3730 und bis Jahresluß 356 oder 1,09 bzw. 0,10 Proz., bleibt also weit hinter derjenigen der freien Gewerkschaften zurück. Diese Erfahrung mag für die christlichen Gewerkschaften, die sich die Aufgabe gestellt haben, als rettender Damm gegen die Hochflut der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu dienen, recht schmerzlich sein, ganz besonders schmerzlich im Berichtsjahre, in dem es ihnen gelang, eine so ausfallsvolle Lohnbewegung im deutschen Bergbau durch ihren Verrat zu nichten zu machen und die Sache der Bergarbeiter auf Jahre hinaus zu schädigen, — sie beweist indes, daß die deutsche Arbeiterschaft das Wesen der Gewerkschaften richtiger beurteilt, als dies im Lager der christlichen Führer und ihrer römisch-katholischen Drahtzieher geschieht.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichneten seit dem Jahre 1900 an Mitgliedern:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	159 770	1907	854 760
1901	160 772	1908	264 519
1902	179 799	1909	270 751
1903	192 617	1910	295 129
1904	207 484	1911	340 957
1905	265 032	1912	344 687
1906	320 248		

Die gesamten Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind von 6 243 643 M. auf 6 608 350 M. gestiegen, die Gesamtausgaben von 5 299 781 M. auf 5 222 727 M. zurückgegangen, die Vermögensbestände von 7 082 942 Mark auf 8 575 658 M. angewachsen.

Von den Einnahmen entfielen 50 866 M. (1911: 52 556 M.) auf Ausnahmegebühren, 5 966 965 M. (5 629 651 M.) auf Beiträge, 39 151 M. (49 724 M.) auf Extrabeiträge und 151 368 M. (511 711 M.) auf sonstige Einnahmen.

Die Ausgaben verteilen sich auf Verbandsorgane 549 973 M., Agitation 670 024 M., Streit- und Gemäßregelungsunterstützung 654 823 M., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 1 01 223 M., Krankenunterstützung 761 293 M., Sterbeunterstützung 205 083 M., Rechtschutz 116 703 M., sonstige Unterstützungen 57 611 M., Bibliothek und Bildungszwecke 88 267 M., Gesamtverbandsbeitrag 93 382 M., Gehälter 70 754 M., Verwaltung 259 936 M., Anteil der Lokalkassen 145 722 M., sonstige Ausgaben 203 028 M.

Stellt man für die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und Lokalvereine, von denen für das Jahr 1912 noch keine zuverlässigen Mitgliederzahlen vorliegen, die Ziffern des Jahres 1911 mit 272 517 Mitgliedern ein, so umfaßt die gesamte Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reich 3 266 819 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 3 042 203 Mitglieder gezählt wurden, ist eine Zunahme von 214 616 zu verzeichnen, von denen 209 404 oder 93,2 Proz. auf die freien Gewerkschaften entfallen. Die gesamten Einnahmen aller Gewerkschaften betragen 89 628 266 M. (1911: 80 953 814 M.), die gesamten Ausgaben 68 673 714 M. (1911: 67 629 149 M.) und die gesamten Vermögensbestände 91 202 295 M. (1911: 70 878 305 M.). In diesen Zahlen sind die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der unabhängigen, syndikalistischen und lokalen Gewerkschaften nicht enthalten, in den Einnahmen und Ausgaben aber auch diejenigen der Hirsch-Duncker'schen Kranken- und Begräbnisklassen.

Im Jahre 1900 entfielen von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 73,0 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerksvereine und 17,2 auf die christlichen Gewerkschaften. Im Jahre 1911 hatten die freien Gewerkschaften 80,2 die Gewerksvereine 5,8 und die Christlichen 16,0 Prozent der Mitglieder. 1912 stand das Verhältnis sogar wie 84,8 : 3,4 : 11,8. So ist der Anteil der gegnerischen Gewerkschaftsgruppen noch aller ihrer gehässigen Agitation, trotz ihrer Terrorismustätigkeiten und noch der ihnen von bürgerlicher Seite zuteil gewordenen Unterstützung fortgesetzt im Rückgange

begriffen und den freien Gewerkschaften kann heute weniger als jemals der Anspruch bestritten werden, die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse zu sein. Damit werden sich unsere Gegner und ihre vermögenden Gönner je länger um so mehr abfinden müssen.

Eine wichtige Verbesserung des Verfahrens in Unfallversicherungssachen und das Verhalten der Versicherungsämter dazu.

Die größten Schwierigkeiten haben den Arbeitern in ihren Unfallversicherungssachen bisher die Ärzte bereitet. Das ist um so bedauerlicher, da die Ärzte bei der Durchführung der Unfallversicherung wichtige Aufgaben zu erfüllen haben.

Zunächst — und das ist das Wichtigste — sollen die Ärzte alles tun, um die durch einen Unfall verletzte Arbeiter möglichst schnell und gut zu heilen. Dies werden die Ärzte um so besser erreichen, je mehr Vertrauen sie bei den Arbeitern genießen.

Leider ist es hiermit sehr schlecht bestellt. Das ist zu einem guten Teile durch die Erfahrungen verschuldet, die die Arbeiter mit vielen Ärzten als Begutachter der Unfallfolgen gemacht haben.

Die Gutachten sind für die Ärzte eine schwierige Arbeit. Hier handelt es sich nicht nur darum, daß der Arzt die Folgen des Unfalls für die Erwerbsfähigkeit des Verletzten feststellt, sondern der Begutachter gibt meistens auch an, in welchem Maße die Erwerbsfähigkeit des Verletzten durch die Unfallfolgen verringert worden ist. Eine solche Schätzung erfordert außer den Fachkenntnissen des Arztes einen tieferen Einblick in die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiterschicht, der der Verletzte angehört. Wie vielen Ärzten fehlt dieser Einblick! Und doch werden die Ärzte ohne Rücksicht darauf als Gutachter in Unfallversicherungssachen herangezogen. Die Folge davon ist, daß so mancher Arzt sein Gutachten über die Erwerbsfähigkeit eines verletzten Arbeiters abgibt, ohne eine Ahnung davon zu haben, welche Anforderungen an die körperliche und geistige Kraft der Kampf des Arbeiters um sein tägliches Brot stellt. Dann ist es begreiflich, daß das Gutachten die Unfallfolgen für die Erwerbsfähigkeit des Verletzten viel zu gering einschätzt.

Die meisten Berufsgenossenschaften haben diesen Umstand ausgenutzt, um die Unfallentschädigungen aufs äußerste herabzudrücken. Sie haben einen ganzen Stab von Ärzten gesammelt, die sich durch eine besonders niedrige Einschätzung der Unfallfolgen auszeichnen. Das sind die sogenannten Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften. Sie werden von den Berufsgenossenschaften ständig mit den Gutachten in Unfallversicherungssachen betraut. Dies ist geeignet, einen Druck auf die Ärzte auszuüben, die einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens aus dem, von den Berufsgenossenschaften eingeholten Gutachten ziehen. Die Ärzte müssen befürchten, das „Vertrauen“ der Berufsgenossenschaften zu verlieren, wenn sie die Unfallfolgen nicht gering genug einschätzen.

Wie dem aber auch sei — das ist eine unzweifelhafte Tatsache, daß nur zu oft Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften solche Gutachten über Unfallfolgen abgegeben haben, die die verletzten Arbeiter als unerhörte Ungerechtigkeiten empfinden mußten. Ihr Kassenarzt muß ihnen dann auf Grund seiner genauen Kenntnis der Verletzung und der ganzen Lebensverhältnisse des Verletzten bestätigen, daß das Gutachten des Vertrauensarztes nicht richtig ist — trotzdem lehnt er es in der Regel ab, ein Gegengutachten auszustellen, da er befürchtet, sich durch einen Streit mit dem Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft arge Unannehmlichkeiten zuzuziehen.

Diese Erfahrungen veranlaßten die Sozialdemokraten, bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag zu beantragen, die Versicherungsbehörden sollen die nötigen Gutachten von den Ärzten einholen, die die Verletzten vorschlagen, von denen die Verletzten also eine wirklich sachgemäße Beurteilung der Unfallfolgen erhoffen. Das Ergebnis der Verhandlungen sind die §§ 1595 und 1596 der Reichsversicherungsordnung. Hiernach hat das Versicherungsamt auf den Antrag des Verletzten das Gutachten eines bisher noch nicht gehörten Arztes eingeholen, wenn die Berufsgenossenschaft noch nicht einen Arzt gehört hat, dem der Verletzte nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat, und wenn das Gutachten nach Ansicht des Versicherungsamtes für die Entscheidung von Bedeutung sein kann. In allen Fällen aber soll das Versicherungsamt den Arzt, den der

Verletzte bezeichnet, als Gutachter vernehmen, wenn der Verletzte die Kosten im Voraus entrichtet.

Die Bestimmungen gelten für die Zeit nach dem Einspruch des Verletzten gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft. Durch den Einspruch erlangt der Verletzte das Recht, daß er vor der Berufsgenossenschaft oder vor dem Versicherungsamt vernommen wird. Auf sein Verlangen muß das Versicherungsamt die Sache in die Hand nehmen. Hier kann der Verletzte ein weiteres Gutachten fordern.

Jedoch scheint es, daß manches Versicherungsamt noch sehr zurückhaltend in der Erfüllung der ihm auferlegten Pflichten ist. Obgleich die neuen Bestimmungen erst mit dem Beginn des neuen Jahres in Kraft getreten sind, werden bereits viele Fälle bekannt, in denen das Versicherungsamt das verlangte Gutachten nicht eingeholt hat.

Das ist unvereinbar mit Wortlaut und Sinn der neuen Bestimmungen. In der Regel ist der Verletzte nicht von einem Arzte begutachtet worden, dem er nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat. Namentlich bei der Herabsetzung der Rente hören die Berufsgenossenschaften fast stets nur ihren Vertrauensarzt. Dann muß das Versicherungsamt ein weiteres Gutachten nach dem Antrage des Verletzten einholen in allen den Fällen, in denen der Vertrauensarzt keine oder nur eine teilweise Verringerung der Erwerbsfähigkeit oder eine Besserung in dem Zustande des Verletzten belundet hat. Das gleiche gilt für den Fall, daß der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft behauptet, der Tod eines Verletzten sei nicht die Folge des Unfalls. Denn ausgeschlossen, daß das verlangte Gutachten für die Entscheidung von Bedeutung sein kann, ist es nur dann, wenn bereits der Vertrauensarzt sich ganz im Sinne des Entschädigungsberechtigten ausgesprochen hat.

Diese Bedeutung der neuen Bestimmungen muß den Versicherungsämtern largemacht werden. Die beteiligten Arbeiter müssen in jedem Falle und mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß das Versicherungsamt gemäß den neuen Bestimmungen das verlangte Gutachten beschafft.

Dringen die Arbeiter damit nicht durch oder läßt sich das Versicherungsamt das weitere Gutachten von einem Arzt erstatten, zu dem die Arbeiter nicht das nötige Vertrauen haben, dann sollten sie die Kosten im Voraus entrichten und dadurch das Versicherungsamt zwingen, das verlangte Gutachten einzuholen. Zugleich müssen sie bantragen, daß ihnen die Kosten wieder erstattet werden. Lehnt das das Versicherungsamt ab, dann müssen sie sich binnen einem Monat bei dem Oberversicherungsamt beschweren.

Dabei sollten die Arbeiter die Hilfe der Arbeitersekretäre und — wo solche nicht zu erreichen sind — die Hilfe ihrer Verbandsvorstände in Anspruch nehmen. Hängt doch oft der Ausgang des Streites davon ab, ob die Arbeiter die von der Berufsgenossenschaft beigebrachten Gutachten widerlegen können. Ueberdies ist zu erwarten, daß mancher Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft etwas vorsichtiger sein wird, wenn er mit einem sachgeräten Gegengutachten zu rechnen hat. Und dann wird vielleicht auch allmählich das Vertrauen der Arbeiter zu den Ärzten größer werden.

Verbands-Angelegenheiten

An die Kassierer.

Der Nr. 39 der Ameise liegt die gelbe Berichtskarte für das 3. Quartal bei. Diese Karte muß spätestens bis 5. Oktober in unseren Händen sein. **Wollmann.**

Bekanntmachung.

Nach § 3, Ziffer 3 des Statuts, wurden vom Verband ausgeschlossen:

Elisabeth Weidmann, Brauerin, geb. 24. April 1887 zu Brand in ... Buch-Nr. 37 575,

Sabette ... geb. 13. August 1887 zu ... Buch-Nr. 59 799.

Ambrosius Schmidt, Brennhausarbeiter, geb. 10. Dezember 1870 zu ... Buch-Nr. 49 822,

Migael Siebl, ... geb. 17. Mai 1864 zu ... Buch-Nr. 49 823.

wegen Sperrung in Schönwald, Firma E. & W. Müller. **Der Vorstand.**

Situationsbericht. Eisenberg. Der Streit bei der Firma W. Jäger dauert unverändert weiter. Von den Hingesehen Siebenmonatskindern hat ein Teil den Betrieb wieder verlassen, angeblich deswegen, weil sie nicht so bezahlt wurden, als dieselben glaubten, entsprechend ihren künstlerischen Leistungen bezahlt werden zu müssen. Dafür sind zwei rückfällige Arbeitswiltige Wilhelm Raute und der bekannte Bruner in Eisenberg eingetroffen.

Selb. Der Streit bei Krauthelm & Adelberg dauert unverändert fort.

In Fraureuth laboriert die Firma schon seit langer Zeit daran, den Betrieb wieder für die Aktionäre rentabel zu machen. Ansehend soll jetzt eine Kur à la Dr. Eisenberg an dem kranken Betriebe versucht werden, wofür unseren dortigen Kollegen das Verständnis abgeht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu ernstlichen Differenzen kommt, weswegen wir schon jetzt vor Bezug nach Fraureuth warnen müssen.

Magdeburg. Bei der Firma Reys & Trinte ist die Lohnbewegung auf dem Vergleichswege beendet worden.

Weiden. Bei der Firma Seilmann sind einige Forderungen eingereicht worden; über den weiteren Fortgang dieser Angelegenheit läßt sich jetzt noch nichts sagen.

Martinslamitz. Bei der Firma Kronecker & Co. ist ein neuer Betriebsleiter eingetreten, namens Sack, vorher Oberdrehler in Martinslamitz, der ansehend den Beweis erbringen will, daß das alte Sprichwort: „Neue Wesen lehren gut“ immer noch besteht. Auf jeden Fall hat es der neue Mann verstanden, sofort mit dem friedlichen Verhältnis, das bis jetzt dort bestanden, gründlich aufzuräumen. Die Umgangssprache im Verkehr mit den Arbeitern soll jetzt Wörter enthalten, die in keinem Diction zu finden sind, und die auch vorher dort nicht gebräuchlich waren. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird in Martinslamitz mit aller Gewalt auf einen Konflikt hingearbeitet, weswegen wir vor Arbeitsannahme in M. warnen müssen.

Könitz. In der Porzellanfabrik von Gebrüder Meißel haben die Maler Forderungen auf Aufbesserung der Löhne eingereicht. Diese Forderungen sind umso begründeter, als dort schon seit geraumer Zeit eine Herabdrückung der Malerlöhne zu verzeichnen ist. So lange dort eine Verständigung nicht erzielt ist, wollen die Maler diese Firma mit Arbeitsangeboten verschonen.

Düsseldorf. Der Streit bei der Firma „Rhenania“ dauert unverändert an. Die Firma hat die Streikenden und die beteiligten örtlichen Organisationen verklagt. Das Gericht soll dahin wirken, daß das Streikpostenstehen verboten wird und die Sperren aufgehoben werden, weil die Firma jetzt keine brauchbaren Arbeiter erhält. Damit wäre bewiesen, daß die Sperrbeachtet worden ist, hoffentlich geschieht dies auch in Zukunft, so lange sich die Firma Rhenania nicht dazu bequemen kann, mit der ausländischen Arbeiterschaft einen ehrlichen Frieden zu schließen.

Biechhammer bei Hüttensteinach. Die Firma Bernhardtshütte hat die zwei Dreher, die bis jetzt dort beschäftigt waren, entlassen, und will billigere Arbeitskräfte dafür engagieren, hauptsächlich wird dabei auf Selb reflektiert. Die Dreherkollegen wollen dieser Firma aus dem Wege gehen. **J. Schneider.**

Beiträge erwünscht

Aus unserem Berufe

Beiträge erwünscht

Altwasser. Die Firma C. Tielich & Co. ließ uns folgende Berichtigung zusenden:

Berichtigung.

Die in Nr. 34 der Zeitung „Die Ameise“ vom 22. Aug. 1913 enthaltene Behauptung, daß die Verdienste der Maler bei der Firma C. Tielich & Co. seit Einführung der „Gelben“ um zirka 5 Mt. pro Woche gesunken sind, ist unrichtig. Wichtig ist, daß der Verdienst der Maler bei der genannten Firma überhaupt nicht gesunken ist, sondern dauernd steigt und der Verdienst der Maler zur Zeit höher ist, als er jemals vorher war.

Altwasser, den 17. September 1913.

ppa. C. Tielich & Co. gez. Faust.

Hierzu wird uns von unserem Gewährsmann mitgeteilt: „Die Verdienste einer ganzen Anzahl Maler betrug noch 1908 im Durchschnitt zirka 27,00 Mt. Im Jahre 1911 dagegen war der Durchschnittsverdienst des Personals 18,89 Mt.“

In die Berechnung durften aber die Verdienste von unter 200 M. nicht mit einbezogen werden; das wurde nicht erlaubt. (!) Und das trotz bedeutend intensiverer Arbeit, wozu die reduzierten Preise zwangen. Jetzt soll ein Verdienst von durchschnittlich 2400 M. ein selten hoher sein. Und das trotz der vielen Ueberstunden, die gemacht werden mußten. Wie mag da erst der Durchschnittsverdienst des Personals aussehen!

Hieraus geht allerdings nicht mit Deutlichkeit hervor, daß der Verdienst der Maler in letzter Zeit gesunken ist und was deshalb nicht, weil einmal der Durchschnittsverdienst des Personals und dann nur der Durchschnittsverdienst der besten Verdienner angegeben werden konnte. Aber eins wird mit Deutlichkeit gesagt: daß die jetzigen Verdienste mit vielen Ueberstunden erzielt werden. Sollten die Verdienste in letzter Zeit wirklich gestiegen sein, so doch nur auf Kosten der Ueberstunden und nicht um der schönen Augen der Galben willen. Vielleicht stellt uns Herr Faust die Lohnlisten der letzten Jahre zur Verfügung, allerdings mit der Angabe, ob und mit welchen Ueberstunden die betreffenden Löhne erzielt wurden. Wir würden ihm gern Berechtigtheit widerfahren lassen und die Listen abdrucken.

Hamburg. Achtung Schildermaler! Im Nachstehenden möchten wir die Kollegen im Reiche über die momentanen Verhältnisse für Schildermaler in Hamburg unterrichten. Auch hier macht sich die wirtschaftliche Krise in unserem Berufe bereits durch wochenlangen Arbeitsmangel sehr stark bemerkbar. Erhöht wird die schlechte Konjunktur noch durch das mit immer größerer Schärfe gehandhabte Baupflegegesetz, wonach jedes projektierte Firmenschild von einer hierzu eingesetzten Kommission genehmigt werden muß. Die unständlichen und langwierigen Bestimmungen dieses Gesetzes lassen das schlimmste befürchten und wird voraussichtlich den meisten der hiesigen Schildermaler die Existenzmöglichkeit erschweren. Trogtallem will die Firma Max Wetterhahn versuchen, von auswärtigen Schildermaler heranzuziehen, obgleich der Betrieb mit brauchbaren Leuten versehen ist. Genannte Firma ist dafür bekannt, daß ihr selbst die tüchtigsten, mit der hiesigen Manier vertrauten Kollegen nicht genügend leisten. Herr Wetterhahn behauptet, schon seit Jahren Geld zuzusehen und betreibt sein Geschäft jedenfalls nur aus lauter Menschenfreundlichkeit, um einigen Schildermalern Unterkunft zu gewähren. Da schon die meisten Hamburger Kollegen bei ihm Gastrollen gegeben haben, hat er die Erfahrung gemacht, daß sie alle nur zwei Hände besitzen. Vielleicht hofft Herr W., auswärtige eine Abnormität mit vier Händen aufzutreiben, die seinen Ansprüchen wohl genügen wird. Nach all dem Gesagten möchten wir die Kollegen warnen, bei genannter Firma Stellung zu nehmen, da sie, mit der hiesigen Arbeitsmanier nicht vertraut, sich der Gefahr aussetzen, nach 8 oder 14 Tagen arbeitslos zu sein, was bei den geschilderten Verhältnissen wenig verlockend wäre. Sollten trotzdem Kollegen gelonnen sein, auf etwaige Angebote einzugehen, möchten wir sie in ihrem eigenen Interesse ersuchen, vorerst mit der Verwaltung der Zahlstelle Hamburg zwecks näherer Auskunft in Verbindung zu treten.

Köppelsdorf. Bei der Firma Armand Marseille reichten die organisierten Brenner usw. Forderungen ein. Herr Marseille kam diesen entgegen und es wurden die Akkordlöhne der Brennhausarbeiter um 9 bis 17 Mark pro Ofen, je nach Größe, erhöht, desgleichen wurden die Stundenlöhne der Brenner, Schmelzer, Massen- und Spatmüller, Kapseldreher, Hofarbeiter usw. um 3 Pf. aufgebessert. Die Stücklöhne bei den Kapseldrehern und Formengießern wurden um 10 Prozent erhöht. Weitere Bewilligungen wurden noch zugestanden in bezug auf Verbesserungen der Badeeinrichtungen, Ankleideräume und ausreichendem Arbeitsmaterial.

Schorndorf. Die hiesige Zahlstelle sieht sich wieder veranlaßt, die Hände in der hiesigen Porzellanfabrik der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Dem Inhaber der Firma scheint nichts am Frieden gelegen zu sein. Bei der letzten Bewegung wurde ein Vertrag geschlossen, den einzuhalten sich die Arbeiterchaft die größte Mühe gibt. Von der Firma jedoch wird er jetzt mit Füßen getreten. Nach dem Vertrage sollen bei schlechtem Geschäftsgang Kündigungen durch Einschränkung der Arbeitszeit vermieden werden. Dies will die Firma unter keinen Umständen einhalten mit der Ausrede, daß es sonst in Schorndorf heißen würde, Pfeiffer sei bankrott. Wetter heißt es im Vertrag, daß bei etwa notwendig werdenden Kündigungen diesbezügliche Vereinbarungen mit einer

Arbeiterkommission zu treffen sind. Auch das hält die Firma nicht ein. So wurden in letzter Zeit drei Maler gekündigt. Die Reklamation gegen diese Maßnahme wurde rundweg abgewiesen, obgleich die Firma wußte, daß sie den Vertrag brach. Nicht genug damit, jetzt kommt die Verwaltung dran. So wurde jetzt der Schriftführer angeblich wegen Arbeitsmangel gekündigt, obgleich in der betreffenden Abteilung von Arbeitsmangel keine Rede sein kann. Hier steht soviel Geschirr zum Weiterbearbeiten, wie nie zuvor. Die Firma will den Kollegen hinauswerfen, um der Organisation einen Schlag zu verfehlen. Ob ihr dies gelingen wird? Wir warnen deshalb alle Kollegen, vor Arbeitsannahme, denn hier sind schon so viele Kollegen hereingefallen, wie wohl nirgends. Wende sich daher jeder Kollege, der in Schorndorf in Arbeit treten möchte, erst an die Verwaltung.

Selb. In Nummer 217 des Selber Tageblatts finden wir einen Bericht, auf den wir etwas näher eingehen wollen. Wirft er doch ein grelles Licht auf die derzeitigen Lohn- und Wirtschaftsverhältnisse. Bei der Firma Lorenz Hutschenreuther hat man erst vor kurzem bei einem Angestellten fortgesetzte Veruntreuungen und jetzt bei einem Arbeiter eine Reihe von Diebstählen festgestellt. In der Abteilung B. hat ein Farbausgeber seit 1. Juli 1912 circa 2200 Gramm Gold im Werte von etwa 1500 Mark unterschlagen und in der Abteilung A. hat ein Pader größere Quantitäten Hafer und Porzellan verschleppt. Bei einer Hausdurchsichtigung wurde ein ganzes Magazin gefunden. Gegen beide ist Untersuchung eingeleitet. — Dazu ist zu bemerken: Der Angestellte der sich die Veruntreuungen zuschulden kommen ließ, konnte mit seinem Gehalt nicht „standesgemäß“ auftreten und leben. Wenn er sich deshalb an den ihm anvertrauten Waren vergriff, um sein Einkommen zu steigern, so kann man das verstehen. Mit diesen vielen Titelverleihungen und Beförderungen zum „Ober“ usw., die fast ausnahmslos die monatliche Entlohnung mit sich bringen, wird ein Standesbänkel geschaffen, der sich, wie vorstehender Fall zeigt, für das Unternehmertum bitter rächt. Diese Leute erlauben sich aber dabei sehr oft, über die Arbeiterchaft unfällig zu urteilen, obwohl sie Proletarier im wahrsten Sinne des Wortes sind. Ihre ungenügende Entlohnung bringt sie meist auf eine schiefen Bahn. Etwas moralische Mitschuld daran hat insolgedessen auch die Firma. — Noch blamabler ist der Fall des Paders für die Firma. War dieser Ehrenmann, der nach dem Bericht ein ganzes Magazin zusammenstahl, doch ein Mitglied der von den Unternehmern gehaltenen Wohlfahrts(?)-Kasse, dieser gelben Sumpflume. Das ist die Garde des Unternehmertums. Die Arbeiterchaft möge aus Vorstehendem lernen, daß sie nur durch engen Zusammenschluß in der Lage ist, die Lohnverhältnisse so zu gestalten, um der Versuchung, sich an fremden Eigentum zu vergreifen, widerstehen zu können.

Selb. Die Firma Krauthelm & Adelberg sucht Maler durch ein Inserat im „Sprechsaal“. Sie verspricht einen Lohn von 30 bis 45 Mark pro Woche. Auch andere Zeitungen wurden schon seit Wochen mit den verschiedensten Inseraten bedacht. So kündigte die „Karlsbader Volkszeitung“ an, daß am Sonntag, den 14. September im „Hotel Weber“ tüchtige Maler aufgenommen würden. Auf dieses Inserat hin hatten sich vier Porzellanarbeiter im Hotel eingefunden. Zwei davon waren Beamte des österreichischen Porzellanarbeiterverbandes. Diese beiden und noch ein Dritter waren gekommen, um dem Herrn Agenten ein wenig auf den Zahn zu fühlen. Der Abgesandte war kein Geringerer, als der Protarist der Firma. Dieser teilte den angeblichen Bewerbern unter anderem mit, daß die Firma 30 000 Mark Konventionalstrafe zahlen müsse, wenn sie bei den Malern die neunständige Arbeitszeit weiterbestehen läßt, daß sie aber sehr human sei und für die eine Stunde Längerarbeit, die sie den Malern zumute, einen Urlaub von 10 Tagen bewilligen wolle. Der größte Teil der Maler wäre mit der Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden bis auf 17 Mann die entlassen werden mußten, weil es der Schußverein so beschlossen habe. Die Herren Fabrikanten opferten auch sehr viel für die „Wohlfahrtskassen“, auch Wohnungen stellen sie zur Verfügung. Im Laufe des Gesprächs ging der Protarist mit den Höchstverdiensten von 40 bis 50 Mark in die Höhe. Dagegen ging er mit den im Betriebe beschäftigten Malern von 37 bis 30 herunter. Hätte die Unterredung noch länger gedauert, dann hätte der Protarist vielleicht noch eingestanden, daß außer den Obermalern und Lehrlingen Maler nicht im Betriebe sind. Erfolge hat der Abgesandte der Firma jedenfalls nicht zu verzeichnen gehabt.

Der Beruf der Porzellanarbeiter ist einer der ungesundesten. Deshalb kann die Forderung einer möglichst kurzen Arbeitszeit schon vom menschlichen Standpunkte aus von Jedermann vertreten werden. Umso mehr, da die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung bei den Porzellanarbeitern hervorragende Autoritäten nachgewiesen haben. Aber mit dem Appell an das Menschlichkeitsgefühl kommen wir nicht weit. Unsere Unternehmer haben trotz der Unterstützung der „Wohlfahrtsklassen“, die ihnen alljährlich eine schöne Summe Geld kostet, hierfür kein Verständnis. Wenn wir schreiben: trotz der Unterstützung der „Wohlfahrtsklassen“, so ist diese Sagenwendung wohl nicht ganz richtig, denn wir wissen ja, wessen Wohlfahrt diese „Wohlfahrtsklassen“ fördern.

Hier liegen aber nun die Dinge so, daß die Maler bei genannter Firma schon seit langen Jahren die neunständige Arbeitszeit hatten und daß sich die Firma dabei sehr gut entwickelt hat; wie die Praxis überhaupt längst bewiesen hat, daß eine kurze Arbeitszeit der Rentabilität eines Unternehmens niemals hinderlich ist. Trotzdem glaubte die Firma, die Arbeitszeit um eine Stunde verlängern zu müssen. Inwiefern sie dabei äußeren Einflüssen, die jedoch belleibe kein Terrorismus sind, nachgeben mußte, das geht zum Teil aus den Meinungen des Prokuristen bei seiner Verarbeitung in Karlsbad hervor.

Vermischtes

Alkoholismus und Geisteskrankheiten. Der französische Abgeordnete Schmidt, der seit Jahren in der französischen Antialkoholbewegung eine führende Rolle spielt, hat eine größere Arbeit veröffentlicht, in der er mit Hilfe eines umfassenden Zahlen- und Tatsachenmaterials die Zunahme der Alkoholverheerungen in Frankreich nachzuweisen sucht. Bei allen geistigen Getränken ist eine starke Zunahme des Verbrauches zu verzeichnen; die Zahlen für den Abfuhr sind dafür typisch. Im Jahre 1871 verbrauchte Frankreich 15 521 Hektoliter Abfuhr. Im Jahre 1908 belief sich der Konsum auf 172 000 Hektoliter! Im Zusammenhang damit ist der Umfang der Nervenleiden gewaltig gestiegen, insbesondere verrät die Statistik eine besorgniserregende Zunahme der schweren epileptischen Erkrankungen. Ebenso steigt die Zahl der Irrennigen unaufhaltsam. 1871 wurden in den Irrenanstalten 49 789 Kranke gezählt, im Jahre 1908 war diese Ziffer auf 96 247 gestiegen. Parallel damit verläuft das Wachstum der Kriminalität. Auf Tausend zählte man 1874: 0,47 Mörder, 1904: 0,57.

Die Opfer des Balkankrieges. Der Korrespondent des „Corriere della Sera“, der sämtliche Hauptpunkte der Balkan-Schlachtfelder besucht hat, veranstaltet in einem längeren Berichte eine Schätzung der Verluste der Balkanstaaten. Er schätzt die Opfer an Menschen und Geld im ersten Feldzug folgendermaßen:

Bulgarien: 350 000 Mann mobilisiert, 80 000 Tote, 1200 Millionen Mark Kosten.

Serbien: 250 000 Mann mobilisiert, 30 000 Tote, 620 Millionen Mark Kosten.

Griechenland: 150 000 Mann mobilisiert, 10 000 Tote, 280 Millionen Mark Kosten.

Montenegro: 30 000 Mann mobilisiert, 8000 Tote, 16 Millionen Mark Kosten.

Türkei: 450 000 Mann mobilisiert, 100 000 Tote, 1600 Millionen Mark Kosten.

Für den zweiten Feldzug (den Kampf um die Beute) sind nach derselben Quelle die Ziffern schätzungsweise folgende:

Bulgarien: 60 000 Tote, 720 Millionen Mark Kosten.

Serbien: 40 000 Tote, 400 Millionen Mark Kosten.

Wenn man hierzu die Ermordeten, die Opfer der Cholera und anderer Epidemien hinzurechnet, so dürften die Menschenverluste mindestens 400 000 betragen, während die finanziellen Kosten insgesamt 5 500 000 000 Mk. zu schätzen sind.

Die Volksfürsorge wird durch besondere Gebührentarife haben! In den meisten der alten Gesellschaften sind für Berufe, in welchen die Erwerbsziffer eine höhere als im allgemeinen Durchschnitt ist, Sondertarife mit höheren Prämien resp. niedrigeren Versicherungssummen eingeführt worden, oder es wird, falls der gleiche Tarif zur Anwendung gelangt, das Einkommen für Angehörige solcher Berufe um einige Jahre hinaufgeschraubt, wodurch ebenfalls eine Erhöhung der Prämien resp. Erniedrigung der Versicherungssummen bewirkt wird,

oder die Agenten erhalten Anweisung, bei diesen mit einem bestimmten günstigen Tarif überhaupt nicht zu aquitieren. Auch die Volksfürsorge kann selbstverständlich nicht schwertrunkene Personen, deren Ableben bald zu erwarten steht und welche von allen Gesellschaften abgelehnt werden, versichern; sie würde sonst leichtfertig handeln und mit enormen Sterblichkeitsverlusten zu rechnen haben. Die Volksfürsorge macht jedoch keinen Unterschied nach der Berufstätigkeit, sie hat keine Ausnahmebestimmungen für Bergarbeiter, Tabakarbeiter, Buchdrucker usw.; die eingeführten Tarife gelten für alle ohne Ausnahme. Bei dem großen Interessententresse der Volksfürsorge ist das höhere Risiko, welches sie dadurch trägt, auf die Allgemeinheit berechnete, ein äußerst minimales. Die Volksfürsorge wird in allen Distrikten Deutschlands in allen Berufen gleichmäßig Versicherungen abschließen und kann deshalb ohne Gefahr alle Volksgenossen gleich behandeln.

Die durchschnittliche Lebensdauer in den europäischen Ländern. Aus einer vor kurzem veröffentlichten Statistik über die durchschnittliche Lebensdauer in 18 europäischen Ländern ist zu ersehen, daß Preußen hinsichtlich der mittleren Lebensdauer erst an zehnter Stelle steht. Am höchsten ist die mittlere Lebensdauer in Schweden. Dort beträgt sie 50 Jahre und 2 Monate; an zweiter Stelle steht Dänemark mit einer mittleren Lebensdauer von 48 Jahren und 2 Monaten; in Irland beträgt die mittlere Lebensdauer 48 Jahre und 1 Monat, in England und Schottland 45 Jahre und 5 Monate, in Belgien 44 Jahre und 11 Monate, in der Schweiz 44 Jahre und 4 Monate, in Holland 44 Jahre, in Rußland 43 Jahre und 7 Monate, in Frankreich 43 Jahre und 6 Monate. Dann erst kommt Preußen mit einer mittleren Lebensdauer von 39 Jahren und 4 Monaten; hinter Preußen folgt Italien mit einer mittleren Lebensdauer von 39 Jahren und 2 Monaten, Portugal mit 36 Jahren, Rumänien mit 35 Jahren und 11 Monaten, Griechenland mit 35 Jahren und 4 Monaten, Desterreich mit 34 Jahren und 2 Monaten, Bulgarien mit 33 Jahren und 7 Monaten, die Türkei mit 33 Jahren und 5 Monaten und Spanien mit 32 Jahren und 4 Monaten. Zwischen der mittleren Lebensdauer von Schweden und Spanien ist eine Differenz von 17 Jahren und 10 Monaten, und auch in Preußen ist die mittlere Lebensdauer noch um 10 Jahre und 10 Monate niedriger als in Schweden. Da die alten Leute von 70, 80, 90 und 100 Jahren in allen Ländern prozentual ziemlich gleichmäßig stark vertreten sind, so muß die verschiedene Dauer der durchschnittlichen Lebenszeit auf die verschieden hohe Sterblichkeit der jüngeren Bevölkerungsschichten, besonders der Säuglinge, zurückgeführt werden. Die Höhe der Säuglingssterblichkeit hängt zu einem großen Teil davon ab, ob die Säuglinge mit Muttermilch, aufgezogen, oder ob sie in anderer Weise ernährt werden, und so sehen wir denn auch, daß die Länder in denen die meisten Kinder mit Muttermilch ernährt werden, die geringste Kindersterblichkeit und die höchste mittlere Lebensdauer haben. In Schweden mit der höchsten mittleren Lebensdauer werden 89 Proz. der Säuglinge mit Muttermilch ernährt, in Spanien mit der niedrigsten mittleren Lebensdauer werden dagegen nur 52 Proz. der Säuglinge mit Muttermilch aufgezogen. Natürlich kommen bei Gestaltung der mittleren Lebensdauer auch noch andere Einflüsse in Betracht: die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der breiten Volksmassen, die hygienischen Verhältnisse in den Städten, die Art der Arbeit, usw.

Industrielle Entwicklung in Indien. Offiziellen Statistiken der Fabrikinspektion in Indien für das Jahr 1910 entnehmen wir, daß auch in diesem Lande der Industrialismus seinen Einzug gehalten hat. Nach diesen Berichten bestanden im Berichtsjahr in Indien 98 Betriebe der staatlichen oder örtlichen Behörden, welche der Fabrikinspektion unterstellt sind. Darunter befanden sich 16 Buchdruckereten, 16 Eisenbahnwerkstätten, 10 Kanal- und Maschinenbauanstalten sowie zahlreiche Arsenale und Fabriken für den Heeresbedarf. Privatfabriken, d. h. solche, welche Einzelpersonen oder Gesellschaften gehören, zählte man 2553 im Jahre 1909, 1910 aber schon 2834. Die bedeutendsten darunter waren: Baumwoll-, Entkörnungswerke und Pressen 1330, Baumwollspinnereien 236, Reismühlen 215, Jutepressen 138, Sägemühlen 101, Eisenwerke und Gießereien 90, Eisenbahnwerkstätten 65, Jutespinnereien 59, Getreidemühlen 37. Von 1906—1910 nahm die Zahl der Baumwoll- und Entkörnungswerke von 969 auf 1390 zu. Die genannten Gruppen umfassen etwa 82 Proz. aller mit motorischer Kraft arbeitenden Fabriken. In den letzteren waren 1909 insgesamt 984 133 Personen beschäftigt, 1910 dagegen 1 014 241, darunter 115 540 Frauen und 52 026 Kinder. Die erste Baumwollspinnerei

wurde in Indien 1851 errichtet. Heute beschäftigt diese Industrie allein, deren Betriebe mit einem Aktienkapital von 250 Millionen Mark arbeiten, 230 800 Arbeiter.

Versammlungs-Berichte etc.

Elmshorn. Die am 18. September abgehaltene Zahlstellenversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Von der Wahl eines Vorsitzenden wurde Abstand genommen, und es soll an dessen Stelle bis zur Neuwahl der Besitzer das Amt weiter verwalten. Alsdann wurde der Kartellbericht von den Delegierten entgegen genommen. Ferner wurde dem Jugendausschuß hier am Orte 20 Mark als zweite Rate bewilligt. Desgleichen dem Kollegen Gräfel, Althaldensleben, 10 Mark. Weiter wurde ein Schreiben von der Zahlstelle Eisenberg verlesen, in dem mitgeteilt wird, daß die Firma Jäger in Eisenberg, wo unsere Kollegen in der Bewegung stehen, durch Agenten versucht, Arbeitswillige anzuwerben. Des Weiteren wurde kritisiert, daß es in unserem Verbands immer noch Zahlstellen gibt, die in punkto freiwillige Unterstützung den nichtunterstützungsberechtigten, durchreisenden Mitgliedern die freiwillige Unterstützung verweigern und dies noch besonders in der Umseife bekannt geben. Die hiesige Zahlstelle regt an, daß doch in Zukunft derartige Bekanntmachungen unterbleiben. Denn dadurch wird nur die Agitation unter den Porzellanarbeitern erschwert. Damit die Zahlstellen den durchreisenden Mitgliedern freiwillige Unterstützung gewähren können, wäre es doch ganz gut angebracht, wenn jede Zahlstelle einen Solafonds hätte.

Selb. Aus der gegenwärtigen Produktions- und Wirtschaftsweise entwickeln sich Zustände, die zu einer Katastrophe führen müssen, wenn nicht die Macht der Arbeiterorganisationen ein Halt gebieten, gleichzeitig aber auch die Grundlagen einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung schaffen würde. Daß sich die Selber Porzellanarbeiter dessen bewußt sind, bewies die vollbesetzte Versammlung am 18. September im Saale der Zentralthalle, wo unser einstiger Berufskollege, der Parteisekretär Hans Dill - Nürnberg, über „Wirtschaftskrise, Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften“ sprach. Er führte zunächst den Werdegang der gesellschaftlichen Entwicklung vor Augen, denn die Menschheitsgeschichte kennt verschiedene Abschnitte, aus denen heraus sich immer höhere gesellschaftliche Formen entwickelten. Vom primitivsten Kommunismus bis zur Feudalherlichkeit und der Wirtschaftsweise des Mittelalters, aus der die Ära des Kapitals sich entwickelte, ließ der Referent seine von eindringlichen historischen Studium zehenden Ausführungen, vorüber gleiten. Es ist wesentlich, zu bemerken, daß, so lange für den Selbstbedarf produziert wurde, das Elend der Arbeitslosigkeit unbekannt war. Als mit der Entwicklung zu höheren Formen das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit herauf stieg, glaubte man daselbe durch Dekrete und brutale Maßnahmen verschrecken zu können. So wurden unter dem Regime Heinrichs VIII. von England, dem klassischen Vordenke des Kapitalismus, 72 000 Bettler hingerichtet. Blut- und schweißtriefend kam die kapitalistische Wirtschaftsordnung zur Welt. Der Wahnsinn, der ziel- und planlos vor sich gehenden Produktion feiert seine höchsten Orgien zu Zeiten industrieller Krisen, wo die sonst für die Entwicklung des Kapitalismus notwendige „industrielle Reservearmee“ einen Umfang angenommen hat, daß die Arbeitslosigkeit zum verheerendsten Unglück werden muß. Zur Zeit treten auch wir in eine Zeit, wo die Epidemie der Ueberproduktion tausende von Arbeitern brotlos macht. So sind jetzt allein in Nürnberg 10 000 organisierte Arbeiter arbeitslos. Während auf der einen Seite Magazine und Warenhäuser vollgestopft sind, finden wir auf der anderen Seite Millionen von Menschen in Lampen gehüllt, mit leerem Magen und in bitterster Not. Trotz des Reichtums an Waren sind die Arbeitslosen nicht in der Lage, kaufen zu können, der Bohnensack hindert sie daran. Diesen unhaltbaren Zuständen wurde seither durch die moderne Gewerkschaftsbewegung durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung entgegen gesteuert. Außerdem forderten die Vertreter der sozialdemokratischen Partei wiederholt die Einführung der Arbeitslosenversicherung durch Staat und Gemeinde. Gerade im bayerischen Landtage wurde von unseren Vertretern ein heftiger Kampf um die Einführung der Arbeitslosenversicherung geführt. Aber die bürgerlichen Vertreter und auch die „Arbeitervertreter“ des Zentrums ließen sich nicht sonderlich erweichen und es zeigte sich, daß der Staat nur das Herrschaftsinstrument der Mächtigen und ökonomisch Gewaltigen ist. Und so wurden ja auch gelegentlich der Aussperrung eine Anzahl Gendarmen nach Selb geschickt, um Wächterdienste vor den Geldschränken der Porzellanangewandten zu verrichten. Als Minister von Soden von unseren Genossen zur Rede und Antwort herausgefordert wurde, gebrauchte er die lakonische Ausflucht: „Ich habe mich heute nur auf das Viehschuhengesetz vorbereitet“. Mehr Komödie wurde mit dem bayerischen Bolle noch nicht gespielt, als auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung. Das einzige positive Ergebnis des konservativ-homogenen Ministeriums Hertling war, daß es herausbekam, die Sozialdemokratie sei eine Volkskrankheit. Dem gegenüber müssen wir feststellen, daß das Ministerium Hertling ein Krebsgeschwür am bayerischen Volkskörper ist. Bezeichnend ist die Handlungsweise des Zentrumsabgeordneten Selb, der im Landtag für die Arbeitslosenversicherung eintrat, diese aber in seiner Heimatgemeinde Regensburg scharf bekämpfte. In einigen größeren Städten wurden mit der Einrichtung der Arbeitslosenversicherung ziemlich befriedigende Resultate erzielt. Aber in kleinen Orten, besonders in Industrieorten wie Selb, wo ständig eine beträchtliche Anzahl Arbeitslose vorhanden ist, wird die Einrichtung an der Finanzschwäche der Gemeinde scheitern, weshalb hier der Staat eingreifen muß. Mit den ungeheuren Millionen, die durch das verwerfliche System der Einfuhrscheine den Junkern in die Taschen fließen, könnte eine segensreiche Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. Wir wollen nicht eher ruhen, bis unsere Forderungen zur Durchführung gelangt sind. Wir sind bereit zum Kampfe, die Zwingsburgern kapitalistischer Herrschaft niederzurufen. Unsere Aufgabe ist, als Bannerträger der Freiheit voran zu stürmen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen. Genosse Adam Lang richtete einen kräftigen Appell an die Anwesenden, sich auch der politischen Organisation anzuschließen.

Nürnberg. Versammlung vom 18. September. Vor Eingang in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den Genossen A. Bebel durch Erheben von den Plätzen. Hierauf erstattete der Kassierer den Bericht vom Quartalsabschluss und gab gleichzeitig bekannt, daß bis 12. Oktober die Beiträge für das 3. Quartal beglichen sein müssen.

Indem bisher immer sehr wichtige Punkte zu erledigen waren, konnten wir erst in dieser Versammlung über die Verschmelzungsfrage näher diskutieren. Im Anschluß hieran gab der Vorsitzende einen Vergleich der 3 Verbände über Mitgliederbestand, Arbeitslosigkeit und Unterstützung. Am Schluß der Diskussion trat die Versammlung für eine baldige Verschmelzung ein. Die Zuschrift vom Hauptvorstand, worin der Fabrikarbeiterverband die Vereinbarungen mit dem Porzellanarbeiterverband aufhebt, wird zur Kenntnis genommen. Dem Arbeiterkameraderbund wurden, wie alljährlich, 5 Mt. überwiesen.

Des Weiteren wurde angeregt, daß, sobald in den Betrieben für Reiseandenken wieder Leute eingestellt werden, mit Agitation begonnen werden soll. Scharf gerügt wurde, daß es wieder vorgekommen ist, daß Verbandsmitglieder in Nürnberg Stellung nahmen, ohne bei der Verwaltung über die Verhältnisse anzufragen. Von der Porzellanmalerei Müller & Leber, bei deren Vorgängern schon Kollegen unseres Verbandes angefangen hatten und nach kurzer Zeit wieder gehen mußten, konnte Auskunft gegeben werden. Die betreffenden Kollegen wären vor Schaden gewahrt geblieben, wenn sie ihr Vorhaben mitgeteilt hätten. Den auswärtigen Kollegen wird nun nochmals zur Pflicht gemacht, vor Stellungnahme in Nürnberg Auskunft einzuholen, damit derartige Fälle nicht mehr vorkommen.

Literarisches

Der Morgen graut. Erzählungen aus dem Proletarierleben. Von M. Andersen-Nexo. Der Verlag Buchhandlung Vorwärts bringt soeben in der Bücherreihe Vorwärts-Bibliothek einen Band des so schnell bekanntgewordenen Dänen Andersen-Nexo. Das Buch umfaßt einige der besten Erzählungen des Autors und zwar: Das Paradies. — Der Lotterieschwede. — Die Mär vom Glück. — Zwei Frauen. — Löhnungstag. — Eine Frauenrevolution. — Die Zugvögel. — Der vorliegende Band der Vorwärts-Bibliothek kostet — wie alle früher erschienenen Bände dieser Serie — gut gebunden 1 Mt. Zu haben ist die Vorwärts-Bibliothek in allen Buchhandlungen.

In Freien Stunden. Ein Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. Jede Woche erscheint ein illustriertes Heft zum Preise von 10 Pf. Als Hauptroman gelangt gegenwärtig der Abenteuerroman „Gold“ von Friedrich Gerstäcker zum Abdruck, der in den Kreisen der Abonnenten mit großem Interesse gelesen wird. Probenummern stehen vom Verlag stets kostenlos zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 20. Nummer des 80. Jahrganges erschienen. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Die „Neue Zeit“, erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 3,25 Mt. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Eine Schnapsflasche, die zeigt, was man in 1 Liter 25proz. Branntwein zum Preise von 1 Mt. zahlt, erschien soeben in neu bearbeiteter Auflage. Die Zahlen wurden — wie bei der ersten Auflage — vom Genossen E. Wurm berechnet. — An jedem Ort, in jedem Raum wo Arbeiter zusammenkommen, muß diese Flasche aushängen als Aufforderung zu dem vom Leipziger Parteitag beschlossenen Branntweinboykott! — Das Plakat (25:45 cm groß) ist in mehrfarbiger Lithographie auf Karton gedruckt, lackiert und mit Nadeln zum Aufhängen eingerichtet und kostet einschließlich Porto und Verpackung 40 Pf. (bei Mehrbezug billiger). — Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund (J. Michaelis), Berlin SO. 16, Engelauer 19.

Sterbetitel.

Althaldensleben. Franz Gräfel, Dr., geboren 30. Dezember 1889 in Rehau, gestorben 1. September an Nieren- und Darmtuberkulose.

Annaburg. Karl Kühnast, geboren 8. November 1876, gestorben 17. September an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 2 Jahre.

Berlin. Karl Lau, Glasmaler, geboren 27. Sept. 1889, gestorben 16. September an Darmverwachsung.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Henderungen

Freienorla. Rff. August Fischer, Dr., Orlamünde, Obergasse 95. — Kv. Paul Wittig, Dr., Nr. 45.

Liegnitz. Schf. Paul Riemke, Fr., Spoorstr. 2. — Kv. Reinhold König, Gß., Danemarkstr. 12.

Wallhausen. Kv. Gustav Haase.

Wiesau. Rff. Josef Rinner, Dr., Bahnhofstr. 101. — Schf. Johann Schäpflauer, Mt., Nr. 101.

Versammlungs-Anzeigen

- Ahlen.** Sonnabend, 27. September, 8 1/2 Uhr im Lokal Sandgathe.
Huma. Sonnabend, 4. Oktober, 7 1/2 Uhr bei Senff.
Berlin. Montag, 6. Oktober, 7 Uhr Schildermaler. An der Stralauerbrücke 8.
Bonn. Sonnabend, 27. September, 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Sandkanle 18.
Breslau. Mittwoch, 1. Oktober, Lichtbildervortrag im Gewerkschaftshaus.
Düsseldorf. Sonnabend, 27. September, 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Zimmer 4, Flingerstraße. Wichtige Tagesordnung!
Eiberfeld. Sonnabend, 27. September bei Brassel, Neuenbacherstr. Wichtige Tagesordnung!
Frankfurt a. M. Sonnabend, 4. Oktober, 8 1/2 Uhr bei Kemm, Große Rittergasse 56.
Freiberg. Sonnabend, 4. Oktober, 4 Uhr in der „Union“.
Geschwenda. Sonnabend, 4. Oktober, 8 1/2 Uhr im Gasthaus zum Thüringerwald.
Großbreitenbach. Montag, 29. September, 8 1/2 Uhr im „Goldenen Hirsche“.
Kahla. Sonnabend, 4. Oktober, 8 1/2 Uhr im „Rosengarten“. Alle erscheinen! Vortrag.
Kronach. Sonnabend, 4. Oktober, 5 1/2 Uhr im „Bayrischen Hof“. Alle erscheinen!
Magdeburg-N. Sonnabend, 4. Oktober, 8 Uhr bei Donmig, Fabrikenstr. 5-6.
Neuhäus a. Rennweg. Sonnabend, 27. September, 8 Uhr im Schützenhaus.
Oelde. Sonnabend, 4. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Anton Linnenbrint.
Reichmannsdorf. Sonntag, 5. Oktober, 8 Uhr im Weininger Hof. Gausleiter ist anwesend.
Rheinbach. Sonnabend, 27. September, 8 1/2 Uhr. Abschluß.
Rohlau. Sonnabend, 27. September, 8 Uhr in der „Krone“.
Schorndorf. Mittwoch, 1. Oktober, 6 Uhr im „Hirsche“.
Selb. Sonnabend, 4. Oktober, 8 Uhr in der Zentralthalle.
Suhl. Sonnabend, 4. Oktober, 8 1/2 Uhr in Dombergs-Ansicht.
Staffel a. d. Bahn. Sonnabend, 27. September, 8 1/2 Uhr bei Weimar, Coblenzerstraße. Alle erscheinen!
Tettau. Montag, 29. September, 6 Uhr im „Schwarzen Adler“. Wichtige Tagesordnung!
Waidershof. Montag, 29. September, 6 1/2 Uhr bei Schultes.
Zell. Sonnabend, 27. September, 8 Uhr in der „Blume“.

Anzeigen

Zur Beachtung! Die Kassierer folgender Zahlstellen geben den Termin des Abschlusses des 3. Quartals bekannt und ersuchen um Begleichung der Beiträge und Entnahme der Pflichtstreitmarke bis spätestens zu dieser Frist: Söhr bis 12. Okt., Suhl bis 18. Oktober, Plana bis 18. Oktober, Waldershof bis 11. Oktober.

Ortskrankenkasse der Graveure, Ziseleure und anderer Künstler, Gewerbebetriebe Berlins.

Bekanntmachung.

Laut Beschluß des Kgl. Oberversicherungsamts Groß-Berlin vom 30. August d. J. wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und gehören die Betriebe sowie die Versicherten — einschließlich der freiwillig Versicherten — vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin an.

Am 28. September d. J. finden die Ausschlußwahlen statt und werden Wahlkarten für die Mitglieder der bisherigen Kasse von dieser ausgestellt.

Zu diesem Zwecke ist das Kassenlokal auch abends von 5-7 Uhr geöffnet.

Gemäß § 301 der R.-V.-O. bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Gläubiger ihre Ansprüche innerhalb 3 Monaten im Kassenlokal geltend zu machen haben. Später einlaufende Forderungen können verweigert werden.

Der Vorstand.

Max Rohrbeck, 1. Vorsitzender. Gustav Schubert, 1. Schriftführer.

Breslau. Mittwoch, den 1. Oktober im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Lichtbildervortrag. Um zahlreich-n Besuch ersucht
Die Verwaltung.

Düsseldorf. Alle Zuschriften in Sachen der Agitationskommission sind an den Vorsitzenden Wilhelm Reilemann, Rethelstr. 1291 zu richten.
Die Verwaltung.

Freienoria. Durch diese Zeilen bringe ich Ihnen zur Kenntnis, daß wir für Ihre Unterstützung bis auf weiteres nicht mehr zahlen können. In anderen Angelegenheiten zahle ich nur in meiner Wohnung aus, das ist am Donnerstags von 7-8 Uhr abends und Sonntags von 9-12 Uhr vormittags.
August Fischer, Ochsenmünde, Obergasse 95.

Großbreitenbach. Montag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr im „Goldenen Hirsche“ Vortrag über die Verhältnisse der Unternehmerverbände und -organisationen. Referent: Gausleiter Karl.

Selb. Sonnabend, den 4. Oktober, abends 8 Uhr im Saale der Zentralthalle: Außerordentliche Zahlstellenversammlung. Beginn des Genossen Schneider-Charlottenburg.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einsparung
---	---------------------	---

Jüngerer Modelleur, welcher im Einrichten, Modellieren, sowie Zeichnen und Malen bewandert ist, sucht Stellung in einer Porzellan- oder Steinfabrik. Gest. Offerten unter Th. W. an die „Ameise“ erbeten.

Junger Porzellanmaler, Fondsprüher, durchaus tüchtig und in jeder Arbeit gewandert, sucht dauernde Stellung. Gest. Offerten unter R. B. Zwönitz i. S. erbeten.

Achtung! Kollegen, welche gewillt sind, in Frankfurt a. M. der Firma Gebr. Schulz, Porzellanmaler, Gubenstraße 1 in Arbeit zu treten, werden dringend ersucht, sich in ihrem eigenen Interesse zuvor bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen. Die Verwaltung.

Polychromeure und Figuristen, welche geneigt sind, in Schlesien in Arbeit zu treten, werden ersucht — um sich vor großen Enttäuschungen zu schützen — sich unbedingt vorher beim Vorsitz der Zahlstelle Breslau nach den Verhältnissen zu erkundigen. Die Verwaltung.

Preis der 2 gespaltenen Zeitspalt 20 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Voranzbezahlung ist Bedingung
--	---------------------------	-------------------------------

Herr Kollege, warum schiden Sie Ihre Goldabfälle nicht mir? Machen Sie sofort einen Versuch. Alle, bis jetzt einen Versuch machten, sind meine händigen Kunden geworden.
Mit kollegialem Gruß
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldasche und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung
Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr.

Goldschmiere, Goldabfälle

Durch mein einfaches selbsterprobtes Schmelzverfahren bin ich in der Lage (Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Stupfer, Pinsel, Waagen, Näpfe, Paletten, Flaschen), das Gramm Feingold nach Gold zu anzukaufen, also höchste Zahlung, bei streng reellster und wissenschaftlicher Bedienung. Keine Schmelzkosten, sofortige Geldsendung. Prozente werden nur im Dezember gezahlt. Viele Anerkennungen und Empfehlungen vom In- und Ausland. Geschäftsprinzip: Viel Kaufkraft, wenig Nutzen.

M. Köbler, Dresden-N., Gerichtsstraße 8, 2. Etage.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle

wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Waagen sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden ausgiebig geschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-N., Gneissaustr. 10.
Gold- und Silberscheideanstalt.
Vom 1. Oktober ab Gerrestr. 8.

Goldabfälle jeder Art Goldlappen, Goldwatten, Schmiere

Rehrgold kauft höchstzahlend
G. Becht, Berlin S. 14, Sebastianstraße 76.
Telephon Amt Moritzplatz, Nr. 5279.

Zahlung wohl grossen Umsatz höchste Preise	<h3 style="margin: 0;">Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle</h3>  <p style="margin: 0; font-weight: bold;">Goldschmiere kauft</p> <p style="margin: 0;">Otto Seifert, Zwickau S.</p> <p style="margin: 0; font-size: small;">Gartenstrasse 32.</p>	Kauf- Mittel- Schmelz- Geprüft 1896
---	---	---

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Vergolderie vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 8.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.
Druck von Otto Goerte, Charlottenburg, Wallstraße 22.